

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, resümiert die Aktuelle Stunde im Bundestag: Neues aus dem Buschhaus.

Seite 1

Horst Jungmann MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, zu Reagans Drängen auf die Produktion weiterer C-Waffen: Rückt die chemische "Nachrüstung" näher?

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, zieht ein Fazit der Anhörung des Parlaments zur Verkehrssicherheit: Zu kurz gesprungen, Herr Dollinger.

Seite 5

39. Jahrgang / 182

20. September 1984

### Neues aus dem Buschhaus

#### Zur Aktuellen Stunde im Bundestag

Von Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Aktuelle Stunde heute im Bundestag zur Einführung abgasentgifteter Autos hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie schlecht es um die Umweltpolitik in diesem Land bestellt ist. Nachdem die Bundesregierung mit ihrem gestrigen Beschluß eine weitere umweltpolitische Nullrunde eingeläutet und den Bundestagsbeschluß vom 9. Februar 1984 mißachtet hat, der für den 1. Januar 1986 die Neuzulassung nur noch abgasentgifteter Autos wie in den USA fordert, hatte die SPD-Bundestagsfraktion diese Aktuelle Stunde beantragt.

Bundeswirtschaftsminister Bangemann machte deutlich, wie wackelig der 1. Januar 1989 als Termin einer obligatorischen Regelung ist. Der konservativ-liberalen Koalition fehlt die Kraft und der Mut, sich darauf festzulegen, 1989 auf jeden Fall den nationalen Alleingang zu wagen. Alles deutet darauf hin, daß ihr jetziger Beschluß genauso viel wert ist wie der Bundestagsbeschluß vom 9. Februar dieses Jahres und in sich zusammenfallen wird, wenn die EG nicht einheitlich mitzieht.



Es kann soviel Haarspalterei, Textauslegung und Legendenstrickwerk getrieben werden, wie es die konservativ-liberale Koalition will. Der Text des nahezu einstimmigen Bundestagsbeschlusses vom 9. Februar 1984, den sie wie den Buschhaus-Beschluß vom Juni nun wie einen Aprilscherz behandelt, ist ganz klar. Wenn Worte noch einen Sinn machen, dann steht dort, daß spätestens Anfang 1984 dem Bundestag die Entwürfe notwendiger Gesetzes- oder Verordnungsänderungen zuzuleiten sind, mit denen die Einführung abgasentgifteter Autos ab 1. Januar 1984 sichergestellt wird. Diese Regelungen sind dann zur Grundlage europäischer Initiativen zu machen.

Auf solche Gesetzes- oder Verordnungsentwürfe wartet der Bundestag bis zum heutigen Tag. Uns dröhnen nur die Ohren von Ankündigungen davon, daß die Bundesregierung auf europäischer Ebene unterlegen sei, kann gar keine Rede sein. Sie ist seit Zimmermann's Präsidentschaft im EG-Umweltministerrat 1983 überhaupt noch nicht richtig angetreten, um in der EG etwas zu bewegen.

Schließlich bot die Aktuelle Stunde einen Schaukampf innerhalb der konservativ-liberalen Koalition. Ex-Innenminister Baum rückte umweltpolitische Verdienste der sozialliberalen Koalition gegen einfältige Vorwürfe von CDU/CSU zurecht, deren Muskelkater vom Betätigen der umweltpolitischen Bremse gerade erst abgeklungen ist. Herr Zimmermann zog daraufhin Graf Lambsdorff als Kronzeugen gegen Herrn Baum ins Rampenlicht. Das wiederum ließ ihm Herr Bangemann nicht durchgehen. Und so zeigen sie alle mit dem Finger auf den anderen, während der Wald stirbt und Menschen sich um ihre Gesundheit ängstigen. (-/20.9.1984/ks/rs)

+ + +



Rückt die chemische "Nachrüstung" näher?  
-----

Reagan drängt weiter auf die Produktion chemischer Waffen

Von Horst Jungmann MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

US-Präsident Reagan hält eine "begrenzte, aber moderne" Ausrüstung der NATO mit chemischen Waffen für erforderlich, um dem sowjetischen Potential in diesem Bereich eine direkte Abschreckung entgegenzusetzen. Anlässlich der Abschlußberatung über die Rüstungsausgaben drängt Reagan in seinem Brief vom 12. September den Kongreß, die Produktion chemischer Waffen zu genehmigen.

Das Denkmuster der Reagan-Administration auch in anderen Bereichen zur Legitimation von Rüstung läuft immer nach dem gleichen Schema ab: Es wird eine "Lücke" in der Weltraumrüstung oder beim Wurfgewicht von Interkontinentalraketen ausgemacht, dann wird behauptet, hierdurch habe der Gegner militärisch nutzbare Vorteile erlangt und schließlich wird die Forderung erhoben, die Abschreckung durch zusätzliche Kriegführungsfähigkeiten glaubwürdig zu machen.

Dieser Trend, Massenvernichtungsmittel benutzbar zu machen, sie so zu entwickeln, daß sie risikofreier zum Gefechtsfeld transportiert werden können, unterminiert das Konzept einer Kriegsverhütung. Binäre Kampfstoffe, die gefahrlos gelagert und erst nach dem Abschluß zu Gift werden, könnten politisch die Neigung verstärken, auf ihre Anwendbarkeit zu hoffen, ohne eigene Konsequenzen befürchten zu müssen.

Es scheint, als hätten die Befürworter einer C-Waffen-Modernisierung die Tatsache aus dem Blick verloren, daß Nervengas nicht irgendeine beliebigen Waffen sind, sondern daß ihr Einsatz unabsehbare Folgen für die Menschen und die Natur nach sich ziehen. Deswegen geht auch der Einwand, es sei nun einmal die Funktion von Waffen, zu töten und zu zerstören, am Kern des Problems vorbei. Nicht nur aus moralischen, sondern gerade auch aus sicherheitspolitischen Gründen ist entscheidend, welche spezifischen Wirkungen unterschiedliche Rüstungssysteme für das Überleben haben.

Wenn in den Begründungen und Rechtfertigungen der vorgesehenen Programme von den Folgen die Rede ist, dann immer nur in Bezug auf die Kampfkraft und die Operationsfähigkeit von militärischen Einheiten. Die Folgen für die Zivilbevölkerung, für Tiere und Pflanzen bleiben außer Betracht. Es ist diese Lücke im militärisch-strategischen Denken, die als wirkliche Bedrohung empfunden werden muß.

Die frühere Bundesregierung hat aus dieser Bedingung die Schlußfolgerung gezogen, "daß im dicht besiedelten Mitteleuropa ein den Regeln des Völkerrechts entsprechender Einsatz nur in Ausnahmefällen möglich ist. Damit ist aus militärisch-operativer Sicht der Wert einer Repräsentation in der Bundesrepublik Deutschland gering einzuschätzen". Der Hinweis auf die Ausnahmefälle läßt sich wohl so interpretieren, daß die damalige Bundesregierung auch nicht wußte, welchen Nutzen diese Waffen stiften könnten, daß sie aber gegenüber den USA oder der NATO den Abzug dieser Waffen noch nicht hatte durchsetzen können. In jedem Fall ist es aber wichtig festzuhalten, daß die amerikanischen Vorstellungen von der Anwendbarkeit chemischer Waffen aus militärischer Sicht fragwürdig sind und von der früheren Bundesregierung nicht geteilt wurden.

Und in der Anhörung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages über "Alternative Strategien" im Herbst 1983 und Frühjahr 1984 sprach sich kein einziger der Experten für eine Gleichbewertung chemischer Waffen, sondern für deren Einbeziehung in Verhandlungen aus. Die "chemische Option" aufrechtzuerhalten, würde die Legitimität



der Sicherheitspolitik untergraben und sei nicht glaubhaft, da chemische Waffen weder für Abschreckung noch im Verteidigungsfall Sinn machten.

Abweichend von dieser eindeutigen Haltung wurde erstmals im Weißbuch der neuen Bundesregierung 1983 von der Notwendigkeit gesprochen, eine "begrenzte Repressalienkapazität" an chemischen Waffen zu entwickeln. Damit fiel die Bundesregierung nicht zuletzt dem US-Kongreß in den Rücken, der dies mehrfach abgelehnt hatte und in der Haltung der Europäer einen wichtigen Maßstab für seine Entscheidung sehen dürfte.

Sollte sich diese - auch für die USA neue - Einschätzung durchsetzen, würden die bisherigen Ansätze, zu einem weltweiten C-Waffen-Verbot oder einer C-Waffenfreien Zone zu kommen, endgültig als gescheitert betrachtet werden müssen - zu einem Zeitpunkt, zu dem die bisherigen Konsultationen ein Abkommen erreichbar erschienen ließen. Mehr noch ist aber zu befürchten, daß die chemische Kriegführung im Zusammenhang mit der Diskussion um die Air-Land-Battle-Doktrin als integraler Bestandteil sukzessive Eingang in die offizielle NATO-Strategie finden könnte. Damit würden nicht nur Verhandlungslösungen endgültig dem militärischen Kalkül untergeordnet, sondern der Weg zu einer Rüstungsdynamik auf einem weiteren Gebiet eröffnet, die auf mittlere Sicht kaum mehr zu bremsen wäre, das heißt der Startschuß für eine chemische Nach- und Nach-Nach-...-Rüstung. Dabei hat das Beispiel des iran-irakischen Krieges erst jüngst wieder die Folgen eines Einsatzes chemischer Waffen drastisch vor Augen geführt.

Die SPD hat auf ihrem Parteitag 1982 in München unmißverständlich beschlossen: "Produktion, Lagerung und Einsatz von chemischen Waffen müssen endlich auf der Grundlage eines ausreichend überprüfbaren Abkommens mit dem Ziel weltweiter Ächtung verboten werden. Die SPD lehnt die Produktion und Lagerung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie fordert die Bundesregierung auf, als Beitrag zu einer beiderseitigen Abschaffung solcher Waffen in Europa darauf hinzuwirken, daß die Giftgasbestände in der Bundesrepublik Deutschland entfernt werden und einer künftigen Lagerung solcher Kampfstoffe die Zustimmung verweigert wird." Darüber hinaus hat die SPD auf ihrem Parteitag in Essen 1984 die Einrichtung einer chemiewaffenfreien Zone gefordert.

Die Lagerung der Giftgasbestände in der Bundesrepublik war Gegenstand vielfacher Anfragen von SPD-Bundestagsabgeordneten an die Bundesregierung. Doch selbst die Lagerorte der C-Waffen in der Bundesrepublik werden vor den Mitgliedern des Bundestages geheimgehalten. Deshalb haben 20 SPD-Bundestagsabgeordnete eine Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht, über die demnächst entschieden werden muß.

Vor diesem Hintergrund ist es höchste Zeit für eine schnelle, aber unmißverständliche Stellungnahme der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien: entweder muß sie jetzt entschieden ihr Nein zu diesen Plänen mit Nachdruck gegenüber dem US-Präsidenten und dem Kongreß vertreten oder aber sich in der Öffentlichkeit dazu bekennen, daß sie auch chemische Waffen zu einer Option ihrer Verteidigungspolitik machen will. Für ausweichende und hinhaltende Antworten wie bisher ist keine Zeit mehr, wenn nicht die Tendenz zu einer chemischen "Nachrüstung" zementiert werden soll. Denn eines steht außer Zweifel: sie hätte nur auf dem "Kriegsschauplatz" Europa "Sinn".

Als Zeitpunkt für diese notwendige Klarstellung bieten sich - nach den bisherigen Pannen der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik - die Gespräche zwischen Vertretern der SED und der Arbeitsgruppe Chemische Abrüstung der SPD-Bundestagsfraktion am 20. und 21. September in Bonn geradezu an. Hier sollen in Fortführung der am 2. und 3. Juli in Ost-Berlin aufgenommenen Konsultationen ein Verbot chemischer Waffen und die Einrichtung einer C-Waffenfreien Zone diskutiert werden. Angesichts der auch von Bundeskanzler Kohl propagierten "Verantwortungsgemeinschaft" der beiden deutschen Staaten könnte damit ein Zeichen für die Glaubwürdigkeit einer Politik "mit immer weniger Waffen" gesetzt werden. Und nicht zuletzt könnte damit dem US-Kongreß signalisiert werden, daß die Europäer nach wie vor Verhandlungsbemühungen höher bewerten als eine chemische "Nachrüstung".

(-/20.9.1984/ks/rs)

+ + +



**Minister Dollinger ist zu kurz gesprungen**

---

Eine Resümee der Anhörung zur Straßenverkehrssicherheit

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die ausführliche Erörterung mit den vom Verkehrsausschuß zur Anhörung geladenen Sachverständigen hat gezeigt, daß man überall bereit ist, der Verbesserung der Verkehrssicherheit auf unseren Straßen einen höheren gesellschaftspolitischen Rang als bisher einzuräumen. Nur ein umfangreiches Maßnahmenbündel wird die entscheidenden Schritte nach vorn ermöglichen.

Deutlich wurde aber auch, daß der Bundesverkehrsminister mit dem von ihm vorgelegten Verkehrssicherheitsprogramm noch "zu kurz gesprungen" ist. Der entschlossene Wille zur Verbesserung des heutigen Zustandes wird aus diesem Programm nicht deutlich. Das Programm "Verkehrssicherheit" der SPD-Bundestagsfraktion muß daher in die weiteren Erörterungen - wie schon bei der Anhörung - mit einbezogen werden. Es sollte möglich werden, daß auf diesem wichtigen Gebiet das weitere Vorgehen und die einzelnen Maßnahmen von einer grundsätzlichen Übereinstimmung getragen werden.

Nach wie vor ist zu bedauern, daß der Bundesverkehrsminister nicht bereit ist, eine Zielvorgabe - wie dies die Höcherl-Kommission gefordert hat - für die Verkehrssicherheitsarbeit vorzugeben. Die Unfallzahlen liegen vor, ebenso gibt es konkrete Erwartungen für die Auswirkungen einzelner Maßnahmen, auch die volkswirtschaftlichen Verluste sind bekannt. Nur mit einer Zielvorgabe wird ein Maßnahmen-Zeitkatalog sinnvoll umsetzbar sein, nur dann können Prioritäten gesetzt werden.

Die Anhörung der Experten hat aber auch gezeigt, daß das gesamte Maßnahmenbündel der künftigen Verkehrssicherheitsarbeit nochmals gründlich überprüft und dabei auch einzelne Maßnahmen in ihrer Ausgestaltung zu überdenken sind. Erst nach einer gründlichen Auswertung der Anhörung sollte das gesamte Maßnahmenpaket und die Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen festgelegt werden.



So muß zum Beispiel die Einführung eines Führerscheins auf Probe inhaltlich noch weiter diskutiert werden. Hier stellt sich die Frage nach einer obligatorischen Schlußprüfung oder dem Verzicht darauf. In der Frage der General- oder Spezialprävention haben sich die Sachverständigen überwiegend der Auffassung der SPD-Verkehrspolitiker zur Einführung der Generalprävention angeschlossen.

Auch der vom Bundesverkehrsminister vorgeschlagene Stufenführerschein für Motorradfahrer muß noch einmal überprüft werden, hier sollte ein echter Stufenführerschein eingeführt werden, das heißt also, eine zweijährige Fahrpraxis vor dem Umsteigen auf große Motorräder verlangt werden.

Der Bundesverkehrsminister wird auch nicht an den Voten der Experten zum Thema Geschwindigkeit vorbeikommen. Tempo 30 in Wohngebieten ist hierbei nur ein Teilaspekt. Wenn aber die Bundesanstalt für Straßenwesen darauf hinweist, daß dies 1.000 Verkehrstote im Jahr weniger bedeuten würde, dann sollte auch hier klar Stellung bezogen werden. Ebenso wenig kann man die Zahlen der Bundesanstalt verdrängen, die sie für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und Bundesstraßen erwartet. Tempo 80 auf Bundesstraßen würden danach 1.000 Verkehrstote weniger bedeuten, Tempo 100 auf Autobahnen 250 weniger.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Verkehrssicherheit sicher vom Verhalten jedes einzelnen Verkehrsteilnehmers abhängt, dies aber kein Alibi für Nichtstun oder nur halbe Maßnahmen sein darf. Mehr Verkehrssicherheit ohne eine Mehr an Bürokratie muß das Verständnis des einzelnen für die notwendigen Maßnahmen wecken, nur so kann das Ziel einer Änderung der Einstellung und des Verhaltens aller Verkehrsteilnehmer erreicht werden. (-/20.9.1984/ks/rs)

+ + +

